



Rüstung runter - Löhne rauf

Unsere Löhne und Gehälter sind immer weniger wert. Im Durchschnitt stiegen die Preise im März um 7,3 Prozent. Und sie werden weiter steigen. Sehen wir uns nur die Energiepreise an, so stiegen diese bis März sogar um rund 40 Prozent. An der Tankstelle sehen wir das täglich. Bei den

Heizkosten kommt der Schock mit der Nebenkostenabrechnung zum Jahresende.

Nicht nur unser Geld ist immer weniger wert. Die meisten Lohnabhängigen haben in der letzten Zeit Einkommensverluste hinnehmen müssen. Wer Kurzarbeitergeld bekam, hatte bis zu 30 Prozent weniger auf dem Konto. Prekär Beschäftigte wie Leiharbeiter, Teilzeitbeschäftigte, Werkverträglich oder Soloselbständige bekamen gar nichts und mussten Hartz-IV beantragen.

Jetzt ist es Zeit, dass diese Verluste durch entsprechend höhere Löhne und Gehälter ausgeglichen werden. Unsere Gewerkschaften sollten das Gejammer der Unternehmer zurückweisen und sich nicht auf die Forderung nach gemeinsamer Krisenbewältigung einlassen. Nach der alten Formel: Inflationsausgleich, Ausgleich von Verlusten in den Vorjahren und Beteiligung an Produktivitätszuwachs - kommt leicht eine Tarifforderung von mehr als 10 Prozent raus. Das durchzusetzen wird nicht leicht. Da



werden Arbeitskämpfe anstehen.

Die Betriebe können zahlen - trotz allen Krisengejammers. Die großen Konzerne haben ihren Gewinn erheblich vergrößert - zum Teil sogar verdoppelt und verdreifacht. VW hat allein an seine Haupteigentümer Piech und Porsche 1,2 Milliarden Euro Dividende ausgezahlt, BMW an seine Haupteigentümer Klatten und Quandt ebenfalls Milliardenbeträge. Auch andere Großkonzerne wie Allianz, BASF oder Vonovia haben Milliardengewinne gemacht, ebenso Onlinehändler wie der Otto-Versand oder Amazon, aber auch die Deutsche Post, die die Pakete transportiert hat. Die Gründer der Impfstofffirma Biontech Uğur Şahin und Özlem Türeci sind inzwischen Milliardäre. Und Firmen, die tatsächlich von der Krise negativ betroffen waren, haben Milliardenhilfen aus Steuergeldern bekommen, die zum größten Teil von uns Lohnabhängigen bezahlt worden sind.

Das zweite große Kampffeld, das uns arbeitenden Menschen

bevorsteht, ist der drohende Sozialabbau. 100 Milliarden Euro will die Bundesregierung in einen Sondervermögen "Rüstung" stecken. Weitere 20 bis 30 Milliarden Euro sollen in den kommenden Jahren zusätzlich zu den jetzt schon enorm hohen 50 Milliarden

Euro für die Rüstung ausgegeben werden. Gleichzeitig soll die Schuldenbremse wieder greifen und höhere Steuern für Millionäre und Milliardäre weiter ausgeschlossen bleiben.

Wenn nicht mehr eingenommen wird, muss an anderer Stelle gekürzt werden. Und das wird uns Lohnabhängige treffen. Wir brauchen die öffentlichen Einrichtungen in Bildung, Gesundheit, Verkehr und Kultur. Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten. Die Hochrüstungspolitik der Bundesregierung ist nicht nur gefährlich, weil sie die Spannungen verschärft, sie ist auch sozialpolitisch gefährlich. Selbst die dürftigen Ankündigungen im Koalitionsvertrag zu diesen Bereichen dürften nach diesen Rüstungsplänen Makulatur sein.

Kämpfen wir weiter für Abrüstung statt Aufrüstung. Ja, es gibt Konflikte in der Welt. Aber die werden nicht durch weitere Aufrüstung gelöst. Die verschärft nur die Spannungen. Sie werden gelöst durch Verhandlungen, die die Interessen aller berücksichtigen.

Sei dabei:

Mai-Demonstrationen am 1. Mai 2022

Bergedorf:

**10 Uhr ab Lohbrügger Markt
Kundgebung 12 Uhr
Rathauspark Bergedorf**

Hamburg:

**10 Uhr ab Heußweg
Kundgebung 12 Uhr
St. Pauli Fischmarktstraße**

Harburg:

**10 Uhr ab Rathausplatz
Kundgebung 11 Uhr
Rathausplatz**